

Europäische Humanistische Föderation (EHF): Generalversammlung

Ein Hauptthema auf der Generalversammlung der EHF am 19./20.6.2004 in London war natürlich die Europäische Verfassung, die an diesem Wochenende von den Regierungschefs der EU angenommen worden war. Der Gottesbezug ist zwar nicht in der Präambel, dennoch müssen wir uns mit der Sonderrolle der Kirchen, die in Artikel 51 festgeschrieben ist und über den Artikel 46 hinausgeht, intensiv beschäftigen.

Obwohl alle Humanistischen Verbände in Europa der Auffassung sind, dass die Kirchen auch Zivilgesellschaften sind, deren Mitwirkung der Artikel 46 regelt, ist den Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften mit Artikel 51 eine Sonderrolle eingeräumt worden, die insbesondere die uneingeschränkte Gültigkeit der Konkordate sichert. Im Arbeitsprogramm der EHF wurde daher der Schwerpunkt der Beobachtung der Fortentwicklung der Konkordate extra aufgenommen.

Für mich überraschend war die Position der norwegischen Humanisten, die sich gegen das französische Gesetz aussprachen, religiöse Symbole in öffentlichen Räumen zu verbieten. Es gibt auch bei der EHF hierzu keine einheitliche Position.

Das Vorgehen der französischen Nationalversammlung ist für mich eindeutig und klar! In Deutschland muss wohl erst wieder über den Klageweg die einseitige Diskriminierung der islamischen Kopftücher und die Bevorzugung christlicher Symbole in öffentlichen Räumen beseitigt werden. Die Länder mit neuen Schulgesetzen, welche die Kopftücher verbieten, bereiten den französischen Weg vor, der spätestens über eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes gegen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes in Leipzig durchgesetzt werden wird.

Der Staat hat die Aufgabe, in einem multireligiösen Europa zur Integration beizutragen und dies kann nur durch strikte Neutralität in Religions- und Weltanschauungsfragen geschehen. Der DFW ist gut beraten, sich der französischen Position anzuschließen. Die EHF ist noch nicht soweit! Unsere Aufgabe in der Bundesrepublik ist es, die Nichtdiskriminierungsrichtlinie der EU in nationales Recht umzusetzen. Hierüber sind wir mit dem federführenden Familienministerium im Gespräch. Auf diesem Wege sind vielleicht die Konsequenzen des Artikels 51 der Europäischen Verfassung einzuschränken. Die hinkende Trennung von Kirche und Staat in der Bundesrepublik kann hoffentlich über die europäische Ebene aufgehoben werden.

Horst Prem
Vizepräsident

Der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. (DFW) ist ein Zusammenschluss von Verbänden und Gemeinschaften in Deutschland, die für die Verwirklichung der in Artikel 4 des Grundgesetzes garantierten Freiheit des Glaubens, des Gewissens und des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses eintreten. Er setzt sich dafür ein, dass niemand wegen seiner Herkunft, seiner Lebensauffassung und seines Geschlechts benachteiligt oder bevorzugt wird. Der DFW steht als Vertreter freigeistiger kirchenfreier Menschen ein für Humanismus, Toleranz und Menschenrechte, für ein friedliches Zusammenleben der Menschen unabhängig von ihren religiösen, weltanschaulichen und politischen Anschauungen und für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Mensch und Natur. Er ist für alle freigeistigen Gemeinschaften offen, die seine Ziele unterstützen. Der DFW ging 1991 aus dem Deutschen Volksbund für Geistesfreiheit hervor. Er setzt damit die Bestrebungen zur Bündelung der freigeistig-humanistischen Kräfte in Deutschland fort.



pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

„Atheismus und sozialer Fortschritt“ Einladung zum 5. Weltkongress der Atheisten, 7.–9. Januar 2005, Atheist Centre, Vijayawada, Indien

Indien ist nicht nur ein Land der Religionen, sondern auch ein Land des Atheismus, Humanismus, Rationalismus, Säkularismus, Skeptizismus und des Freien Denkens.

Vom 7.–9. Januar 2005 wird im Atheist Centre in Vijayawada, Indien, der 5. Weltkongress der Atheisten stattfinden. Menschen aus vielen Ländern der Erde werden an diesem historischen Kongress teilnehmen, der unter dem Motto: „Atheismus und sozialer Fortschritt“ stehen soll.

Der erste Weltkongress der Atheisten wurde im Atheist Centre, Vijayawada, im Dezember 1972 abgehalten. Gora, der Gründer des ersten Atheistenzentrums der Welt, war der Vorsitzende. Er warb für Atheismus als einen positiven Lebensweg. Der zweite Weltkongress der Atheisten wurde 1980 in Vijayawada durchgeführt. Den Vorsitz hatte Sir Hermann Bondi, der spätere Master des Churchill College, Cambridge, Großbritannien. Der dritte Weltkongress der Atheisten fand 1983 in Helsinki statt, und der vierte war 1996 wiederum im Atheist Centre in Vijayawada, mit Sir Hermann Bondi als Vorsitzendem. Der 10. Todestag von Gora, der 90. Geburtstag von Gora und der 80. Geburtstag von Frau Saraswathi Gora waren ebenfalls Gelegenheiten für Internationale Konferenzen. Diese Veranstaltungen wurden auch jeweils zum Anlass genommen, die Botschaft des positiven Atheismus und der weltlichen Sozialarbeit zu verbreiten.

Es ist erfreulich, dass die indische Regierung bereits zwei Briefmarken mit Abbildungen hervorragender indischer Atheisten herausgegeben hat – Periyar E. V. Ramaswami und Gora –, die an ihre Geburtstagsjubiläen 1979 und 2002 erinnern sollten. In Deutschland wird derzeit ebenfalls ein atheistischer Philosoph, Ludwig Feuerbach, mit der Herausgabe einer Briefmarke geehrt, die es seit 8. Juli zu kaufen gibt (Wert 1,44 Euro).

Die Welt bewegt sich langsam aber stetig weg vom Knebel der Religionen. Trotz einiger temporärer Rückschritte hier und da entwickeln sich viele Nationen weiter in Richtung Toleranz und Säkularismus. Das ist eine große Errungenschaft für die Zukunft der Menschheit. Der lange Marsch in Richtung auf eine postreligiöse Gesellschaft hat begonnen. Die Menschheit entfernt sich immer weiter von religiöser Unterdrückung. Die Bedeutung eines positiven Atheismus und Humanismus als Lebensweg wächst von Tag zu Tag.

In diesem globalen Szenario findet der fünfte Weltkongress der Atheisten statt. Atheisten, Freidenker, Humanisten, Rationalisten, Säkularisten und viele Befürworter des gesellschaftlichen Wandels aus verschiedenen Ländern werden teilnehmen, um ihrer Zustimmung zu Atheismus, Humanismus und sozialem Fortschritt erneut Ausdruck zu verleihen. Alle sind willkommen.



pfw – Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

Integrationspolitik für alle

Mit Sorge beobachteten die Delegierten der 57. Landesversammlung der Freireligiösen Landesgemeinde Pfalz das Erstarken rechter Parteien bei den vergangenen Kommunal- und Europawahlen.

„Das Eindringen rechten Gedankengutes in die gesellschaftliche Mitte bleibt ein bedenkliches Phänomen. Abgrenzungsversuche von politischer Seite über Diskriminierung von anderen religiösen Auffassungen und Kulturen, wie sie zur Erzielung von Macht inzwischen allzu gern benutzt werden, sind gefährlich, da sie nicht zu kontrollierbaren Reaktionen seitens der Wähler führen können, wenn nicht Vernunft entscheidet, sondern Gefühle wie Angst und Neid. Das Auseinanderhalten von Politik und Religion, wie durch die europäische Tradition geboten, wirkt nicht nur Konflikt eindämmend, sondern kann auch Vorbildfunktion über die Grenzen hinaus erhalten.

Statt Ausgrenzung sollte eine gründliche Integrationspolitik für alle, die in Deutschland wohnen bleiben wollen, betrieben werden. Wir rufen zur Erfüllung dieser Aufgabe auf.“

Einer der Tagesordnungspunkte der 57. Landesversammlung im Juni im Johannes-Rongehaus in Ludwigshafen waren Neuwahlen zu Präsidium und Landesvorstand. Wieder gewählt als Präsident wurde Siegwald Dittmann. Neue Vize-Präsidentin ist Irmgard Kofink-Klehr als Nachfolgerin von Klaus Weller, der für dieses Amt nicht mehr kandidierte. Der weitere Landesvorstand setzt sich nach der Wahl wie folgt zusammen: Robert Adam, Marianne Bauer, Jürgen Kofink, Guido Kollmannsperger, Werner Kuntz und Klaus Weller. Ergänzt wird der Landesvorstand durch Renate Bauer (Landessprecherin), Anita Stahl (Verwaltung), Ursula Kuntz (Freireligiöser Wohlfahrtsverband Pfalz) und Sabrina Janz (Freireligiöse Jugend).

Freireligiöse Landesgemeinde Pfalz

Italienische Ketzereien

Im Rahmen des Kultursommers Rheinland-Pfalz veranstaltet die Freireligiöse Landesgemeinde Pfalz Abende unter dem Motto „Italienische Ketzereien“, und zwar zu folgenden Terminen:

17.8. um 20 Uhr in Ludwigshafen, Parkinsel, am Ufer, Höhe Park-Tennis-Club
und

19.8. um 20 Uhr in Speyer, Fußgängerzone, Pilgerplatz

Eine Mischung aus Lesung und Performance machen die Standpunkte und Schicksale der Ketzer Italiens und ihre Wirkung auf Deutschlands Kultur lebendig. Wir verfolgen die Spuren von Giordano Brunos Thesen und das Schicksal Galileis in der deutschen Literatur. Die Lesung aus Texten von und über die Ketzer gibt ein Gerüst, das den Zuschauern einen Einstieg in die Performance ermöglicht. Anschließend laden wir ein, uns mit den Künstlern über das Projekt auseinanderzusetzen.

Freireligiöse Landesgemeinde Pfalz



pfw – Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

Humanism for global peace and social justice

**Ein Bericht von der IHEYO-Jugendkonferenz in Kampala,
20.–24. Mai 2004**

Was ist Humanismus? Wahrscheinlich die am häufigsten gestellte Frage auf der Konferenz in Kampala/Uganda, hinterlässt sie doch anscheinend immer noch eine gewisse Unsicherheit bei der Bestimmung einer Definition. Was macht mich als Humanist aus? Was macht mich zum Humanisten? Die Antwort ist am Ende für mich sehr leicht: meine Persönlichkeit!

Groß geworden und erzogen nach sozialen Regeln und genormten Verhaltensweisen war ich doch schon immer im Denken, Fühlen, Begreifen und Handeln eine frei denkende Humanistin. Die begriffliche Auseinandersetzung kam erst viel später. Im Vergleich zur Begriffsbestimmung von Humanismus in Verbindung mit der Auffassung von Humanismus aller Nationen war diese jedoch nicht leicht zu finden. In Afrika ist es offensichtlich und ohne Hinterfragung der Hintergründe ein Bedürfnis der Menschen, für ihr Recht auf Frieden zu kämpfen. Freiheit für alle Menschen, Freiheit in ihrer Wahl der Weltanschauung, freie Meinungsäußerung. Selbstverständlich! Keiner wird behaupten, dass der Wunsch nach Frieden nicht in seine Liste gehört. Doch was ist mit der Freiheit im Denken, Fühlen, Handeln – also auch mit der Freiheit der sexuellen Zugehörigkeit? Die Antwort ist auch eindeutig: Homophobie!

Homosexualität ist in Afrika eines der größten Tabus. Vom Gesetz her verboten, in der Masse als unnormal und als westlicher moderner Einfluss verurteilt, ist die Diskriminierung der Gay-Lesbian-Bewegung enorm hoch. Beispiele reichen von Gefängnisstrafen, Verweigerung des Schulbesuches oder Erstellung des Personalausweises bis zu Übergriffen mit grober Gewalt und Vergewaltigung. Daraus begründet sind viele Homosexuelle unter dem Deckmantel der Diskriminierung unter eine Maske geschlüpft, welche sie vor sozialer Abgrenzung und Abweisung beschützt. Verwunderlich, bedenkt man doch, dass es viele humanistische Organisationen allein schon in Kampala gibt, die sich den Kampf um die Menschenrechte auf ihre Fahne geschrieben haben. Also, wo ist ihre Unterstützung? Victor Makusa, die einzige aktive Öffentlichkeitskämpferin der Gay-Lesbian-Bewegung, referiert frustriert und ärgerlich über ihre erfolglosen Ersuche und Hilferufe an sogenannte humanistische Organisationen. Die afrikanische Gesellschaft ist so stark mit der Tradition und dem religiösen Background verbunden, dass es so gut wie keine Unterstützung für diskriminierte Minderheiten zu geben scheint. Die Unterstützungsverweigerungen erfolgen mit homophoben Begründungen und der Angst einer Stellungnahme bzw. Sympathiebekundungen zu einer Minderheit. Das ist die Kehrseite der Medaille.

Welche Möglichkeiten haben nun wir als junge internationale Organisation? Können wir einer diskriminierten Minderheit in Afrika (und auch weltweit) genügend Unterstützung zukommen lassen? Aus persönlichem Aktivismus und Stellungnahmen heraus wurde die Frage nach Unterstützung sofort und ohne zu zögern von Seiten der europäischen Länder angenommen und ein Meeting zur Festigung der Unterstützungshilfen einberufen. Beginnend mit nationalen Bemühungen um Lesben- und Schwulen-Organisationen wurde auch die organisatorische und finanziell mögliche Unterstützung zugesagt.

Was ist nun Humanismus? Viel besprochen, oft definiert – und praktiziert? Hier ist ein erster



pfw – Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

Punkt, zu dem wir bei der aktiven Entstehung und Verbreitung von Humanismus beitragen können. Helfen wir den afrikanischen Minderheiten der Gay-Lesbian-Bewegung, ihr Recht auf Selbstentscheidung sexueller Zugehörigkeit durchzusetzen. Helfen wir ihnen im humanistischen Sinne, so zu leben, wie es jedem Menschen zusteht: selbstbestimmt, selbstverantwortlich und frei entscheidend.

Silvana Uhrlich

Mitglied des Humanistischen Freidenkerbundes

Generationengerechtigkeit durch Sozialabbau?

So lautete der Titel eines politischen Seminars der Jugend- und Bildungsstätte Klingberg in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband und dem DGB, dessen Arbeitsgruppen folgende politische Forderungen zum Ergebnis hatten:

1. Adenauers Generationenvertrag von 1957 regelt die Finanzierung der Renten durch die unselbstständig arbeitende Bevölkerung. Das Kapitaldeckungsverfahren wurde bei der Neustrukturierung des Rentenversicherungssystems wegen der Inflations-/Währungsreform-Erfahrungen durch das Umlageverfahren ersetzt. Der Adenauer-Ansatz „Kinder kriegen die Leute ohnehin“ ist nicht zukunftsfähig.
2. Die zunehmende Überalterung führt zur Schiefelage des derzeitigen Rentensystems (Rentenformel).
3. Global konkurrieren verschiedene Sozialsysteme mit unterschiedlichen Standards in der Infrastruktur. (So haben beispielsweise die Metropolen Brüssel und Mailand keine Kläranlagen.)
4. Es fällt auf, dass Deutschland kein Sozialsystem hat, in das alle Bürger einzahlen. Daher plädieren wir für eine Bürgerversicherung.
5. Die Strukturprobleme müssen direkt angegangen werden und können nicht durch Sozialumbau/Sozialabbau gelöst werden.
6. Die für unser Sozialsystem nötigen Mittel sollen über ein Drei-Säulen-Modell aufgebracht werden: eine Bürgerversicherung, Belastung der Energie/Ressourcen mit ihren externen Kosten (Energiesteuer) und höhere verbrauchsabhängige Steuern (Mehrwertsteuer).
7. Diese höheren Belastungen müssen direkt zur Entlastung der Lohnnebenkosten, also des Produktionsfaktors „menschliche Arbeit“ führen.
8. Selbstverantwortung sollte durch Schaffung von Anreizen und Anerkennungen gestärkt werden. Damit kann das Anspruchsdenken und die einseitige Abhängigkeit reduziert werden (Gebrachtwerden, Eigenversorgung z.B. Schrebergarten, Energieernte).
9. Bildung muss dazu beitragen, den Anteil selbstverantwortlicher Menschen zu erhöhen. Absicherungsdenken hemmt die Kreativität.
10. Das führt zu der Forderung, die Ausbildungszeiten zu verkürzen. Damit einhergehend sollen durch früher einsetzende Bildungsangebote (für Kinder vom 3.–6. Jahr) die Bildungschancen von der sozialen Herkunft entkoppelt werden.



pfw – Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

11. Das Gesundheitswesen ist auf die drei Partner Arzt, Patient und Gesundheitskasse zu reduzieren und leistungsgerecht zu vergüten (z.B. direkte Rechnungslegung und Leistungsbezahlung).

12. Die Energiesysteme müssen auf regenerative Basis umgestellt werden, um neue Arbeitsplätze in Übereinstimmung mit der Ökologie zu schaffen. Energie muss geerntet werden und nicht durch Ressourcenverbrauch „hergestellt und wieder vernichtet“ werden.

13. Energiebilanzen sollten zur Leistungsbewertung den Finanzbilanzen zumindest gleichwertig gegenübergestellt und in der EU-Wettbewerbspolitik berücksichtigt werden.

14. Die Ökosteuer im bisherigen Umfang reicht nicht aus, um zur Senkung der Lohnnebenkosten wesentlich beizutragen. Die derzeit bestehenden Ausnahmetatbestände müssen aufgehoben werden.

15. Gesetzliche Rahmenbedingungen zur Schaffung ökologisch verträglicher Unternehmen sind Voraussetzung für unser Überleben. Eine abgestimmte EU-Verständigungspolitik ist erforderlich, um langfristig das Terror- und Konfliktpotential abzubauen.

16. Hierfür ist die Globalisierung der Wertvorstellungen Voraussetzung. Die Politik ist gefordert, der globalisierten Industrie globale Wertvorstellungen einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft entgegenzusetzen.

Die Antwort der Bundesregierung zu diesen Themen steht noch aus.

Horst Prem, DFW-Vizepräsident

Symposium zum 200. Geburtstag von Ludwig Feuerbach in Nürnberg

Der Deutsche Freidenkerverband – Verbandsvorstand und Landesverband Bayern – lädt in Zusammenarbeit mit dem Bund für Geistesfreiheit zum wissenschaftlichen Symposium aus Anlass des 200. Geburtstages von Ludwig Feuerbach ein. **Das Symposium findet statt im Nürnberger Bürgerzentrum Villa Leon, Phillip-Körber-Weg 1, und zwar von 10.00 bis 18.00 Uhr. Tagungsgebühr: 8,00 Euro, ermäßigt 5,00 Euro.**

Menschenrechtsgericht billigt Kopftuchverbot an Universität

Der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften begrüßt das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, in dem das Kopftuchverbot an türkischen Universitäten grundsätzlich gebilligt wird. Diese Regelung sei weder ein Verstoß gegen die Grundrechte auf Religions- und Meinungsfreiheit noch eine Diskriminierung, entschieden die Straßburger Richter am Dienstag. Sie wiesen damit die Klagen zweier Medizinstudentinnen gegen die Regierung in Ankara zurück. Die 29 und 31 Jahre alten Frauen hatten in Istanbul und Izmir Medizin studiert. Sie wurden von Vorlesungen und Prüfungen ausgeschlossen, weil sie sich weigerten, ihr islamisches Kopftuch abzulegen.



pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513